

Politik mit den Menschen – für die Menschen

Halbzeitbilanz der SPD-Kreistagsfraktion MK

Seit den Kommunalwahlen 2009 ist viel geschehen. Die Zusammensetzung des Kreistages wurde gehörig durcheinandergewirbelt und führte schlussendlich zu einer großen Kooperation der Kreistagsfraktionen von SPD und CDU.

Die Zusammenarbeit erfordert einen ständigen Abstimmungsprozess mit unserem Kooperationspartner. Die SPD-Kreistagsfraktion ist sich dabei ihrer besonderen Verantwortung für die Menschen im Märkischen Kreis bewusst.

Wir stehen für eine solide Finanzwirtschaft auf kommunaler Ebene ohne dabei die Belange der Bürgerinnen und Bürger sowie die Situation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden außer Acht zu lassen. Die dauerhafte Stärkung der Kommunalfinanzen geht allerdings nur mit Bund und Land, insbesondere wenn es um die immer stärker steigenden Soziallasten geht.

Kürzungen bzw. gar Streichungen bei den Zuschüssen für Vereine, Verbände, Selbsthilfegruppen und Institutionen in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur, Umwelt und Bildung konnten wir erfolgreich verhindern.

Als stellvertretende Beispiele seien hier genannt:

- die Beratungsstellen für psychisch Kranke von Caritas und Diakonie,
- die Vereine für Blinde und Gehörlose,
- die Beratungsstellen für allein stehende Wohnungslose,
- Beratungsstellen für Menschen in der Schuldenfalle,
- für Frauen in Notlagen,
- für die Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung
- das Naturschutzzentrum.

Wir werden uns auch weiterhin für die Förderung dieser Bereiche stark machen.

Vieles andere konnte erreicht werden!

Beispielsweise, dass der Reinigungsdienst nun nicht, wie ursprünglich gegen die Stimmen der SPD beschlossen, vollständig privatisiert wurde, sondern stattdessen die Reinigung zur Hälfte in Eigenregie und zur Hälfte durch Fremdfirmen erfolgt!

Oder die verstärkte Interkommunale Zusammenarbeit.

Diese gewinnt angesichts der angespannten Finanzlage immer mehr an Bedeutung. Denn eine verstärkte Zusammenarbeit bei geeigneten Aufgaben kann eine erfolgreiche Methode beim Einsparen sein.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat sich daher in mehreren Sondersitzungen, zu denen auch die SPD-Bürgermeister und die Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktionen im Märkischen Kreis eingeladen waren, intensiv mit diesem Thema befasst.

Aufgrund unserer Initiative wurde im Kreistags beschlossen, dass die Verwaltung nicht nur überprüft, in welchen Bereichen eine (stärkere) Interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll ist, sondern den kreisangehörigen Städten und Gemeinden prinzipiell angeboten wird, sich an Ausschreibungen zu beteiligen. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Reinigung, Versicherung, Beschaffung, Postzustellungsurkunden, Gas und Strom.

Die Kosten für die Ausschreibungen könnten auf die Beteiligten aufgeteilt und somit für den Einzelnen verringert werden. Gleichzeitig kann die Zusammenführung der benötigten Mengen in den Bereichen Reinigung, Beschaffung, Strom, Gas, Versicherung, Postzustellungsurkunden etc. zu geringeren Preisen führen. Dies würde sowohl dem Kreis als auch den beteiligten Kommunen nutzen.

Natürlich werden wir dieses Thema weiterhin im Auge behalten. Über Vorschläge aus den örtlichen SPD-Gliederungen würden wir uns sehr freuen. Auch im Sinne unserer „interkommunalen Zusammenarbeit auf SPD-Ebene“, die wir gerne weiter fortführen möchten.

So haben wir in den letzten 2 ½ Jahren nicht nur die SPD-Bürgermeister, die SPD-Ratsfraktionsvorsitzenden sowie die SPD-Abgeordneten aus dem Märkischen Kreis wie in den Jahren zuvor zum Thema Haushalt eingeladen, sondern auch zu speziellen Themensitzungen der SPD-

Kreistagsfraktion. Beispielsweise zu den Themen Müllverbrennungsanlage Iserlohn, Märkische Klinken, MVG, Windenergie, Regionale 2013 sowie Kompetenzzentrum Frau und Beruf. Wobei wir bei einzelnen Themen auch Vertreterinnen und Vertreter einzelner SPD-Gliederungen wie den Jusos, der AsF und Ortsvereins- bzw. Stadtverbandvorsitzende begrüßen konnten.

Die hier vorliegende Halbzeitbilanz soll nun einen kleinen Einblick über die Arbeit der SPD-Kreistagsfraktion seit den Kommunalwahlen 2009 geben.

Eure und Ihre

SPD-Kreistagsfraktion MK



Angelika Machelett,
Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion

Burgaufzug / Burg Altena

Bereits seit Anfang 2011 fordert die SPD-Kreistagsfraktion eine stärkere kreisweite Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Burgaufzug.

Damals ließen sich Kultur-, Bau- und Wirtschaftsexperten der SPD-Kreistagsfraktion in einer gemeinsamen Sitzung das Edutainmentkonzept des Burgaufzuges vom Bereichsleiter Bauen und Planen der Stadt Altena, Roland Balkenhol, vorstellen.

Neben den unterhaltenden Elementen, die auf große Begeisterung stießen und der Finanzierung interessierte uns natürlich das Sicherheitskonzept des Aufzuges, insbesondere das Brandschutzkonzept.

Deutlich wurde während der Sitzung, dass der geplante Burgaufzug außerhalb der Stadt Altena nicht nur auf Begeisterung stößt. Eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit war und ist dringend erforderlich damit die Menschen erfahren, welche Vorteile der Burgaufzug nicht nur für die Stadt Altena, sondern für den gesamten Märkischen Kreis und die Region bringt.

Im September 2012 mussten wir der Presse entnehmen, dass die Stadt Altena die Ausschreibung „Bauarbeiten Stollen und Schacht“ aufgehoben hat. Die von uns erbetene Stellungnahme der Stadt Altena war jedoch so nichtsagend, dass wir in der Sitzung des Kreisausschusses am 20. September 2012 nachhackten.

So fragten wir beispielsweise danach, welche planerischen Veränderungen geplant seien, welche Risiken sich aus diesen Veränderungen für den Betrieb des Burgaufzuges ergeben würden und wer bei sich daraus möglicherweise ergebenden Problemen haften würden. Von Seiten der

Kreisverwaltung erhielten wir dazu lediglich die Auskunft, dass dies Sache der Stadt Altena als Betreiberin des Burgaufzuges sei und der Kreisverwaltung keine näheren Informationen über die geplanten Veränderungen vorlagen. Ebenso wenig über die Höhe der Angebote, die laut Presse deutlich über dem erwarteten Rahmen lagen.

Lediglich zur Frage, ob der Vertrag zwischen dem Märkischen Kreis mit der Stadt Altena über den Anteil des Märkischen Kreises an den Baukosten in Höhe von 300.000 Euro Bestand habe oder gefährdet sei, erhielten wir die konkrete Aussage, der Vertrag würde Bestand haben.

Wir werden die weitere Entwicklung genau beobachten und stehen diesbezüglich auch im engen Kontakt mit der SPD-Ratsfraktion in Altena. Denn auch wenn die Stadt Altena alleinige Betreiberin des Burgaufzuges sein wird, ist der Kreis natürlich nicht nur Zuschussgeber für den Burgaufzug, sondern auch der Eigentümer der Burg und des Burgberges.

Daher ist es auch Aufgabe des Kreises nach Fertigstellung des Eventaufzuges dem vermutlich veränderten Verhalten der Besucherinnen und Besucher auf der Burg Rechnung zu tragen. Allein die Führung durch den Eventbereich im Stollen wird Erwartungen wecken. Es muss daher sichergestellt werden, dass beim Betreten des Burghofs über die ehemalige Remise eine Orientierung in der Einrichtung gerade durch Ortsfremde gewährleistet ist. Daher hat die Verwaltung aufgrund unseres Auftrages ein Konzept für die veränderte Besucherführung nach der Fertigstellung des Eventaufzuges unter Beachtung des Denkmalschutzes erstellt. Ob sich dies so bewährt oder überarbeitet werden muss, wird sich zeigen.

Kultur / Tourismus

Nach langen Hin und Her sind wir im Bereich der Kulturstiftung und der Vereinsfinanzierung wieder in einem konstruktiven Fahrwasser. Die Vereine (Freunde der Burg, Kreisheimatbund) sind entgegen den Befürchtungen der Opposition zufrieden mit der gefundenen Alternativlösung für ihre Geschäftsführung.

Der Tourismus im Märkischen Kreis ist hingegen trotz ordentlicher Zahlen im Bereich der Tages- und Übernachtungsgäste noch verbesserungswürdig. Wir werden uns auch weiterhin für die Mitgliedschaft im Sauerland-Tourismus e.V. aussprechen und nach neuen Wegen zur Stärkung des Tourismus im Märkischen Kreis suchen. Dazu gehört auch die stärkere Werbung und Vernetzung unserer Highlights wie der Burg Altena, der Luisenhütte, der Dechenhöhle, den Rad- und Wanderwege etc. Ein Anfang wurde nun mit der Einführung der Kombikarte für Burg, Dechenhöhle und Drahtmuseum gemacht.

Anfragen und erfolgreiche Anträge begleitet.

Zuletzt ließen wir uns in diesem Frühjahr gemeinsam mit interessierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus dem Märkischen Kreis vom stellvertretenden Geschäftsführer der Südwestfalen Agentur, Herrn Hubertus Winterberg, und der Kreisdirektorin des Märkischen Kreises, Frau Barbara Dienstel-Kümper, über den aktuellen Stand der Regionale 2013 in Südwestfalen und besonders im Märkischen Kreis informieren. Die weitere Entwicklung werden wir auch weiterhin mit Interesse und Engagement verfolgen.

Regionale

Die ersten Weichen für die Regionale 2013 in Südwestfalen wurden auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion am 14.12.2006 im Märkischen Kreistag gestellt.

Die Gründung der Region Südwestfalen im Jahr 2007, die erfolgreiche Bewerbung für dieses Strukturförderprogramm des Landes NRW und die Entwicklung der verschiedenen Projekte wurden in der Folgezeit von der SPD-Kreistagsfraktion nicht nur verfolgt, sondern auch durch

Integration behinderter Menschen

Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Darunter ist nicht nur die rechtliche, sondern vielmehr die tatsächliche Gleichstellung im Alltag zu verstehen. Dieses grundlegende Menschenrecht ist in der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegt. Mit deren Unterzeichnung hat die Bundesrepublik Deutschland die Inhalte dieser Konvention und damit den Anspruch auf Inklusion anerkannt. Zudem weist bereits das Grundgesetz darauf hin, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf.

In Nordrhein-Westfalen leben ca. 2,5 Millionen Menschen, die von einer Behinderung betroffen sind. Die gleichberechtigte Teilhabe und eine selbstbestimmte Lebensführung sind Gegenstand des Behindertengleichstellungsgesetzes NRW, welches zum 01. Januar 2004 in Kraft getreten ist. Die Wahrung der Belange behinderter Menschen für eine erfolgreiche Integration wird darin auch als kommunale Aufgabe gesehen und soll Leitlinie des politischen Handelns sein.

Neben Landschaftsverbänden, Städten und Gemeinden sind damit auch die Landkreise – und damit auch der Märkische Kreis - als kommunale Aufgabenträger angesprochen. Um über mögliche Handlungsoptionen bzw. Maßnahmen entscheiden zu können, ist zunächst darüber Transparenz herzustellen, welche Aufgaben in der Kreisverwaltung für Menschen mit Behinderungen wahrgenommen werden.

Bereits in der Sitzung des Kreistages am 17. Juni 2009 ist auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion beschlossen worden, eine solche Bestandsaufnahme durchzuführen

und in den entsprechenden Fachausschuss einzubringen.

Dies hat leider länger erheblich länger als erwartet gedauert, so dass wir mehrfach nachgehakt haben. Die Verwaltung ist mittlerweile im Rahmen eines Projektes tätig geworden, das vom Ausschuss für Gesundheit und Soziales, dessen Vorsitzenden wir mit Ulrich Duffe stellen, eng begleitet werden wird.

Schulen

Die SPD-Kreistagsfraktion steht nach wie vor an der Seite der Berufskollegs und der Förderschulen im Märkischen Kreis. Wir haben daher im März 2011 die von der Verwaltung angedachte Verschlechterung des Reinigungsrythmuses an den Förderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung im Märkischen Kreis verhindern. Gerade an diesen Schulen ist ein anderer hygienische Standard erforderlich als in den andere Schulen. Die SPD-Kreistagsfraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Förderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung auch in Zukunft täglich gereinigt werden.

Die Anpassung der Berufsschulstruktur im Nordkreis an die Strukturen des Südkreises im Rahmen der Schulentwicklungsplanung war lange überfällig. Sie ist notwendig, um auch hier künftig eine vernünftige Bildung bezahlbar zu halten, indem man sie an die demografischen Gegebenheiten der Zukunft anpasst. Selbstverständlich ist insbesondere für die inhaltliche Anpassung die Absprache mit den Schulen sinnvoll und zwingend erforderlich.

Erneuerbare Energie

Die SPD-Kreistagsfraktion ist für die Energiewende. Um uns näher mit dem komplexen Thema der „Erneuerbaren Energie“ zu befassen haben wir im Frühjahr 2012 den fraktionsinternen Arbeitskreis „Erneuerbare Energie“ unter der Leitung des Plettenberger Kreistagsabgeordneten Wolfgang Rothstein gegründet. Ziel ist, die Energiewende im Interesse der Bürgerinnen und Bürger im Märkischen Kreis voran zu bringen ohne dabei die Interessen des Kreises und seiner Städte und Gemeinden außer Acht zu lassen.

Bereits seit dem 01.01.2012 bezieht der Kreis zu 100 % Ökostrom aus regenerativen Energieformen. Die Lieferung von Atomstrom wurde dabei ausgeschlossen.

Vorangegangen war dieser Entwicklung der von uns initiierte Beschluss des Kreistages im April 2011, die Ausschreibung der Stromlieferverträge für die Liegenschaften des Märkischen Kreises über 100 % Ökostrom nach dem sog. Händlermodell ohne Berücksichtigung einer Neuanlagenquote vorzunehmen.

Windkraft- und Photovoltaikanlagen bieten laut einer Machbarkeitsstudie im Märkischen Kreis mehr Potential als die in Südwestfalen schon weitgehend ausgeschöpfte Wasserkraft.

Bereits im Jahr 2007 hatte der Bau- und Straßenausschuss des Märkischen Kreises daher beschlossen, die kreiseigenen Dächer kostenlos gemeinnützigen Organisationen zum Aufbau von Photovoltaikanlagen zu Verfügung zu stellen. Eine der Anlagen befindet sich auf dem Dach des Lüdenscheider Kreishauses. Die vom Verein „Netz e.V.“ betriebene Anlage mit einer Gesamtleistung von gut 13 kWp wurde am 18.07.2008 aufgebaut und im Jahr 2010 erweitert. Die Investitions-

sicherheit für die Anlagenbetreiber aufgrund der 20jährigen Vertragslaufzeit mit dem Märkischen Kreis ist sicherlich mit ein Grund dafür, dass mittlerweile alle in Frage kommenden kreiseigenen Dachflächen belegt sind“



Die Mitglieder des Arbeitskreises „Erneuerbare Energie“ bei der Besichtigung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Lüdenscheider Kreishauses .

Im Bereich der Windenergie sind bereits die ersten Probleme erkennbar. Zum einen sind die vom Land vorgegebenen Ziele ohne die Aufstellung von Windrädern auf Waldflächen nicht zu erreichen, zum anderen geben Gestaltungssatzungen einzelner Kommunen Höhenbegrenzungen für Windkraftanlagen vor, die von Seiten potentieller Betreiber als zu niedrig angesehen werden.

Die vorgesehene Erhöhung des Anteils der Windenergie von heute vier auf 15 Prozent bis 2020 ist ohne Wind im Wald nicht zu erreichen. Gerade im Märkischen Kreis besteht hier jedoch auch die Chance, die von Kyrill verwüsteten Flächen sinnvoll zu nutzen ohne dabei den Umweltschutz außer Acht zu lassen.

Gerade im Bereich der Windenergie gibt es jedoch auch eine gewisse Skepsis aus den Bereichen der Bevölkerung, in deren Nähe möglicherweise Windkraftanlagen aufgestellt werden können, im Bezug auf

mögliche Belästigungen durch Lärm und Windschattenwurf etc.

Um diesen Befürchtungen zu begegnen und gleichzeitig über die Chancen von Bürgerwindparks zu informieren lud die SPD-Kreistagsfraktion Anfang September 2012 zu einer öffentlichen Veranstaltung ein.



Öffentlichen Veranstaltung „Windkraftanlagen – Finanzierung und Bürgerbeteiligung“ der SPD-Kreistagsfraktion am 6. September 2012

Tim Wahle, vom größten deutschen Herstellers von Windkraftanlagen, der Firma Enercon GmbH, informierte darin über die technischen Möglichkeiten von Windkraftanlagen.

Kai Hagen, Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Sparkasse im Märkischen Kreis stellte anschließend die Möglichkeiten dar, die der Betrieb als Bürgerwindpark bietet vor. Vorstellbar ist beispielsweise die Zulassung von „kleinen“ Investoren mit einer Investitionssumme ab 10.000 Euro. Als mögliche Rechtsformen von Betreibergesellschaften kommen GmbH & Co.KG, GbR und Genossenschaft in Frage.

Voraussetzungen für die Finanzierung von Bürgerwindparks sind zwei voneinander unabhängigen Windgutachten, Schall- und Schattenwurfprognosen, Artenschutzgutachten und Landschaftsgutachten sowie Baugenehmigung, Gesellschaftervertrag, Investitions- und Finanzierungsplan,

Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie Plan-Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung. Im Verlauf seines Vortrages ging Kai Hagen, der bereits auf eine 20jährigen beruflichen Erfahrung mit der Finanzierung von Windkraftanlagen aus seiner Zeit in Oldenburg zurück blicken kann, auch auf Themen wie Sicherheiten, Finanzierungslaufzeit etc. ein.

Die beiden Vorträge werden in Kürze in Absprache mit den beiden Referenten auf der Internetseite der SPD-Kreistagsfraktion unter www.spdfraktion-mk.de veröffentlicht.

Fracking – nein Danke

Der Bohrung nach unkonventionellem Erdgas stehen wir ausgesprochen skeptisch gegenüber.

Gemeinsam mit den anderen vier südwestfälischen Fraktionsvorständen und der SPD-Regionalratsfraktion setzen wir uns daher bereits seit längerem dafür ein, dass die bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zur Suche nach und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas mit einer formellen Bürgerbeteiligung versehen werden.

Es kann nicht sein, dass es im ganzen Verfahren, bis hin zum Abbau nie zu einer echten Bürgerbeteiligung kommt. Eine durch das Unternehmen selbst durchgeführte Informationsveranstaltung reicht bei weitem nicht aus, um den Belangen der Bürgerinnen und Bürger und ihrer Angst vor erheblichen Umwelt- und Trinkwassergefährdungen Rechnung zu tragen.

Neben der schon jetzt vorgesehenen Beteiligung der Behörden muss zum

Beispiel eine öffentliche Auslegung stattfinden, bei der die Bürgerinnen und Bürger eine echte Einwendungsbefugnis haben, vergleichbar mit anderen Planungsverfahren, in denen das schon immer so läuft.

mit Sitz in Hagen, Erik O. Schulz über deren Pläne informieren.

Mittlerweile hat das Kompetenzzentrum Frau und Beruf seine Arbeit für die Märkische Region aufgenommen und wir sind gespannt, ob sich die Formel von Erik O. Schulz „Ein Prozent mehr erwerbstätige Frauen führt zu 0,8% mehr Wachstum“ auch für unsere Region bewahrheitet.

Kompetenzzentrum Frau und Beruf



SPD-Kreistagsfraktion informiert sich über das geplante Kompetenzzentrum Frau und Beruf.

Die Frauenerwerbsquote in NRW liegt auf den drittletzten Platz in Deutschland. Die Märkische Region bildet das Schlusslicht beim Erwerbsvolumen in NRW. Hinzu kommt, dass der Märkische Kreis zu unserem Bedauern der einzige weiße Fleck bei den Regionalstellen Frau und Beruf in NRW war.

Vor diesem Hintergrund war die SPD-Kreistagsfraktion außerordentlich erfreut über den Konsens in der Region zur Ansiedlung des Kompetenzzentrums „Frau und Beruf“ bei der agentur mark GmbH und ließ sich, zusammen mit interessierten Genossinnen der AsF-Ortsgruppen im Märkischen Kreis im Herbst 2011 von Geschäftsführer der agentur mark GmbH

Haushalt / Konnexitätsprinzip

Im Zusammenhang mit dem Haushalt wird immer wieder über das Konnexitätsprinzip gesprochen. Vereinfacht gesagt, derjenige der etwas bestellt (per Gesetz etc.) bezahlt es auch.

Die Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzip durch Bund und Land belastet die Kreisumlage, die ohnehin durch die steigenden Kosten im Sozialbereich sehr beeinflusst wird, und somit die Städte und Gemeinden weiterhin stark.

So war beispielsweise beim Zensus 2011 der Kreis zuständig für Organisation und Durchführung der Volksbefragung. Auch hier war nach ersten Planungen nicht vorgesehen, dem Kreis die Kosten in voller Höhe zu erstatten. Daher wurde auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen, die generelle Bereitstellung der Mittel mit einem Sperrvermerk zu versehen, so dass diese erst nach Verabschiedung des Landesgesetzes und erneuter Beratung im Kreistag in Anspruch genommen werden durften.

Ein weiterer Fall ist beispielsweise die Betreuung von Unterdreijährigen Kindern, die sogenannten U3-Kinderbetreuung.

Der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen hat am 12.10.2010 entschieden, dass bei der Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes des Bundes (KiFöG) in Landesrecht das Konnexitätsprinzip, also die Erstattung der dafür entstehenden Kosten, verletzt worden ist. Konkret geht es hier um die Kosten für den Ausbau der Einrichtungen, um die gesetzlich garantierte U3-Kinderbetreuung anbieten zu können. Obwohl das Land dadurch verpflichtet war, "alsbald" eine Regelung über den Kostenausgleich zu

treffen, wurde das Belastungsausgleichsverfahren zunächst nicht entscheidend voran getrieben.

Es wurde zunächst lediglich über die zusätzlichen Verwaltungskosten verhandelt, nicht jedoch über die entscheidenden Positionen – Investitionskosten und Betriebskosten. Dies entsprach nicht der verfassungsgerichtliche Vorgabe einer zügigen Umsetzung und damit auch nicht der Erwartung der Kommunen, die verauslagten Kosten schnell ersetzt zu bekommen. Zumal es sich hierbei um Beträge in erheblicher Größenordnung für den Märkischen Kreis und seine Städte und Gemeinden handelte. Im Märkischen Kreis wurde dafür allein für 2011 ein Betrag von über 3 Mio. Euro veranschlagt; hinzu kamen noch die Ausgaben in den Vorjahren. Für den Bereich des Kreisjugendamtes beläuft sich die Summe auf 650.000 Euro.

Auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wurde daher Ende 2011 im Jugendhilfeausschuss des Märkischen Kreises einstimmig beschlossen, sich diesbezüglich schriftlich an Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW sowie die damaligen Landtagsabgeordneten aus dem Märkischen Kreis, Gordan Dudas, Wolfgang Exler und Michael Scheffler zu wenden. Die Adressaten wurden gebeten, sich dafür einzusetzen, dass das Land sich seinen notwendigen Verpflichtungen stellt, das Belastungsausgleichsverfahren zügig zum Abschluss bringt und kurzfristig eine entsprechende gesetzliche Regelung schafft, die ausdrücklich auch rückwirkend die seit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes im Jahre 2008 bereits entstandenen Ausgaben und Kosten mit einschließt.

Zwischenzeitlich wurde aufgrund unseres Antrages beschlossen, die zu erwartenden Mehreinnahmen bei der differenzierten Kreisumlage an die Städte und Gemeinden

ohne eigenes Jugendamt zu berücksichtigen. Die differenzierte Kreisumlage konnte dadurch um 650.000 Euro gesenkt werden.

Ferner wurde auch bei den letzten Haushaltsplanberatungen erneut die Senkung der geplanten Landschaftsverbandsumlage auf Antrag der Kreistagsfraktion von SPD und CDU an die Städte und Gemeinden in gleicher Höhe bei der Festsetzung der Kreisumlage weitergegeben.

Zusätzlich konnten wir erreichen, dass ein Teil des Haushaltsdefizits aus der Rücklage gedeckt wurde, um die Städte und Gemeinden zu entlasten.

Höhere Erstattungen bei der Grundsicherung sollten ebenfalls zur Entlastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden verwendet werden.

Doch alle diese Beschlüsse ändert nichts an der desolaten finanziellen Situation der kommunalen Familie, die sich in den kommenden Jahren noch verschlechtern wird.

Wir alle wissen, wie sehr die Kosten für den Sozialbereich unsere Haushaltslage im Kreis bestimmt. Das Defizit steigt jedes Jahr und führt so zu immer mehr Verschuldung – auch beim Kreis - über Kassenkredite.

Zum Sozialbereich gehört auch die Landschaftsumlage. Und so, wie im Kreishaushalt die Kreisumlage in der Summe fast identisch ist mit den Sozialausgaben, so entspricht beim LWL die Summe für die Landschaftsumlage der Summe für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen. Das waren beispielsweise für das Jahr 2011 im Rahmen des LWL-Haushalts immerhin etwa 2 Milliarden von ca. 2,4 Milliarden.

Und wie beim Kreis gibt es auch beim LWL ein strukturelles Defizit, das wie ein

Damokles-Schwert auch über dem Märkischen Kreis hängt. Jahr um Jahr steigen die Ausgaben in der Behindertenhilfe in Westfalen-Lippe um 50 – 60 Millionen Euro. Und auch der LWL hat in den letzten Jahren zum Haushaltsausgleich seine Ausgleichrücklage aufgezehrt. Somit wird der Haushaltsausgleich nur noch über die Umlageerhöhung möglich sein – in für unseren Kreishaushalt bedrohlichen Größenordnungen.

Wir fordern daher nochmals nachdrücklich, dass sich der Bund angemessen an den Kosten der Unterkunft für die Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften beteiligt. Und das Bund und Land auch in allen anderen Bereich ab sofort das Konnexitätsprinzip einhalten.

AMK / Müllverbrennungs- anlage

Die letzten Jahre waren auch geprägt von immer wieder kehrenden Nachrichten über die Probleme bei der AMK.

Die von uns abgelehnte Teilprivatisierung sorgt, wie schon beim Vertragsabschluss befürchtet, nach wie vor zu Schwierigkeiten innerhalb der AMK, die nicht selten vor Gericht landen.

Aktuell sorgt die unter Ausschluss der Öffentlichkeit beantragte und von der Bezirksregierung Arnsberg abgesegnete Genehmigung zur Absenkung der Verbrennungstemperatur in der Müllverbrennungsanlage in Iserlohn für erheblichen Unmut bei den Bürgerinnen und Bürgern im Märkischen Kreis.

Gemeinsam mit dem Iserlohner SPD-Ratsfraktionsvorsitzenden Mike Janke, dem Iserlohner SPD-Landtagsabgeordneten und Unterbezirksvorsitzenden Michael Scheffler und weiteren Vertreter von SPD-Gliederungen haben wir im Rahmen einer Sondersitzung mit dem stellvertretenden BUND-Bundesvorsitzenden Klaus Brunsmeier über die Hintergründe der BUND-Klage gegen die geänderte Genehmigung diskutiert.

Die Beweggründe des Kreises die Absenkung der Betriebstemperatur und die Reduzierung der Verweildauer beim Anfahren der Anlage zu beantragen erschließen sich uns ebenso wenig wie die Entscheidung zur Nichtöffentlichkeit. Zumal der Kreis keinerlei Vorteil von dieser Änderung hat.



Sondersitzung der SPD-Kreistagsfraktion mit Klaus Brunsmeier, stellv. Bundesvorsitzender des BUND zum Thema Müllverbrennungsanlage Iserlohn

Auch wenn die vorliegenden Untersuchungen ergeben, dass der Schadstoffausstoß auch nach der Absenkung der Verbrennungstemperatur weit unterhalb der Grenzwerte liegen wird und bei der Kessellinie 2 bereits liegt, wollen wir die Befürchtungen der Bevölkerung nicht außer Acht lassen.

Am liebsten würden wir nicht nur die ohnehin durch das Klageverfahren ruhende Genehmigung gar nicht erst in Anspruch nehmen, sondern auch die bereits seit 10 Jahren abgesenkte Verbrennungstemperatur im Kessel 2 wieder anheben.

Doch wir müssen leider auch die rechtliche Seite berücksichtigen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass vermutlich mit Schadenersatzforderungen der Privaten zu rechnen ist, sollten wir die von ihnen erwarten wirtschaftlichen Vorteile aufgrund der Temperaturabsenkung und der Verweildauer verhindern.

Wir haben daher zunächst eine konkrete Bewertung der Änderungen vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW für die nächste Sitzung des Kreisausschuss beantragt und stehen natürlich auch weiterhin im engen Kontakt mit unseren Iserlohner Genossinnen und Genossen.

Wirtschaftsförderung = Investition in die Zukunft

Die im Herbst 1996 auf Anregung der SPD gegründete Gesellschaft zur Wirtschafts- und Strukturförderung im Märkischen Kreis mbH (GWS) ist aus dem Kreis nicht mehr weg zu denken.

Seitdem sie Anfang August 1997 ihre Arbeit aufgenommen hat, informieren wir uns regelmäßig über die Entwicklung bei der GWS.

Zuletzt im Sommer dieses Jahres, als sich die Mitglieder unseres Arbeitskreises Wirtschaftsförderung, Struktur und Verkehr zum Gespräch mit dem Geschäftsführer der GWS, Jochen Schröder, in Altena trafen.



Mitglieder des Arbeitskreises Wirtschaftsförderung, Struktur und Verkehr zu Gast bei der GWS.

Im Gegensatz zur lokalen Wirtschaftsförderung der Städte und Gemeinden kümmert sich die GWS um die regionale Wirtschaftsförderung. Und dies nicht nur kreisweit, sondern auch in der Region Südwestfalen. Es gibt eine klare Arbeitsteilung und keine unabgestimmten Parallelaktivitäten. Zu den Aufgaben, die nicht von den einzelnen Kommunen wahrgenommen werden, gehören

beispielsweise die Organisation von gemeinsamen Messeständen, Startortvermarktung, Netzwerke etc.

Ziele der regionalen Wirtschaftsförderung sind die Schaffung neuer Geschäftsmöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die Begleitung des Strukturwandels und die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Von besonderem Interesse ist für uns natürlich das Regionale-Projekt „Branchenkompetenzen Südwestfalen“. Schließlich hatte die SPD-Kreistagsfraktion die Bewerbung des Märkischen Kreises gemeinsam mit anderen südwestfälischen Kreisen für die Regionale 2013 angeregt und beobachtet deren Entwicklung besonders aufmerksam.

Das Projekt, angesiedelt bei der Wirtschaftsförderung Südwestfalen AG, an der die GWS als einer von 10 Partnern beteiligt ist, hat eine Laufzeit vom 15.3.2010 bis 14.03.2013. Ziele sind die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte sowie die Fachkräftesicherung.

Ob die gute Arbeit von zwei im Rahmen des Projektes als Technologiescouts beschäftigten Diplom-Ingenieuren mit derzeit 1 ½ Stellen nach dem Ende des Regionale-Projektes fortgeführt werden kann, ist derzeit noch offen.

ÖPNV - unverzichtbarer Standortfaktor

Ausgesprochen froh sind wir über die von uns initiierte Überführung von der MBG in die MVG und damit die Abschaffung der Zwei-Klassen-Gesellschaft innerhalb der Verkehrsbetriebe.

Der ÖPNV ist ein entscheidender Standortfaktor für den Märkischen Kreis. Nicht umsonst ist er Teil der gesetzlich verankerten Daseinsvorsorge, mit dem Ziel, die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen. Die Anbindung an wichtige soziale Ziele muss dabei ebenso gewährleistet sein, wie die Verbindung zu den Mittel- und Oberzentren.

Dabei geht es uns nicht nur um die Vorhaltung eines „Pflichtangebotes. Am besten noch nach dem Motto, man kommt einmal täglich von A nach B, egal wie und mit welchem Zeitaufwand.

Nein. ÖPNV muss attraktiv sein, damit er von den Menschen auch genutzt wird. Was nutzt uns beispielsweise eine Buslinie, die zu einer so ungünstigen Zeit von A nach B fährt, dass sie nur von einzelnen Fahrgästen genutzt wird? Das wäre wirtschaftlich genauso unsinnig, wie das Angebot von Sonderfahrten zu bestimmten Terminen oder Orten, wenn diese nicht ausreichend beworben werden.

Das ÖPNV-Angebot im Märkischen Kreis muss so attraktiv sein, dass sich ein hoher Bedienungsstandart (Erschließungs- und Verbindungsqualitäten, Verbindungshäufigkeit und Fahrzeugkomfort), auch aus Unternehmenssicht einigermaßen rechnet.

Und natürlich auch aus Sicht des Kreises und seiner Städte und Gemeinden. Denn diese finanzieren das zweistellige

Millionen- Defizit der MVG über die Kreisumlage.

Bei aller Anerkennung der in den vergangenen Jahren erbrachten Einsparungen bei der MVG über die Anzahl der Busse, beim Personal und der Betriebshöfe stellt sich daher unweigerlich die Frage nach dem Umgang mit diesem strukturellen Defizit.

Wir beschäftigen uns daher schon länger mit der Frage, wie man ein vernünftiges und attraktives ÖPNV-Angebote für die Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und die Finanzierung eben dieses Angebotes auf der anderen Seite in Einklang bringen kann.

Neben vielen Diskussionen in den regulären Fraktionssitzungen haben wir uns alleine in diesem Jahr in zwei Sonderterminen intensiv mit dem ÖPNV-Angebot im Märkischen Kreis auseinander gesetzt.

So trafen sich auf Einladung der SPD-Kreistagsfraktion nicht nur die Mitglieder der eigenen Fraktion, sondern auch Vertreter der anderen Kreistagsfraktionen, der Jusos, der Verwaltung und der MVG zu einer Diskussion über die Möglichkeiten, die MVG und somit den Busverkehr im Märkischen Kreis zukunftsfähig zu gestalten. Fachkundige Unterstützung erhielten wir dabei vom Geschäftsführer der Landesgruppe NRW vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV), Volker Wente sowie Dipl.-Geogr. Florian Krummheuer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der TU Dortmund, Fakultät Raumplanung / Verkehrswesen / Verkehrsplanung.

In einen zweiten Schritt besichtigten die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion das Betriebsgelände der MVG in Lüdenscheid. Dort informierte uns der Geschäftsführer der MVG; Gerhard Schmier, über den Zustand der Fahrzeughallen und der unternehmenseigenen Werkstätten.



Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion bei der Besichtigung des MVG-Betriebsgeländes in Lüdenscheid

Eine Patentlösung haben wir leider noch nicht. Wir werden uns aber weiterhin intensiv mit diesem wichtigen Thema, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, beschäftigen. Gemeinsam mit den SPD-Gliederungen im Märkischen Kreis. Und auch innerhalb der in diesem Frühjahr gegründete interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Erstellung eines neuen Verkehrsentwicklungsplanes. Wir hoffen, dass wir in diesen Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge im Sinne der Bevölkerung eine Möglichkeit für eine zukunftsfähige MVG finden werden.

Märkische Kliniken



Sondersitzung der SPD-Kreistagsfraktion mit den Geschäftsführern der Märkischen Kliniken, Dr. Schwilk und Dr. Peters sowie dem SPD-Landtagsabgeordneten Michael Scheffler

Die Märkische Kliniken wurden 1975 gegründet und sind ein kommunaler Krankenhausverbund. In Hellersen befinden sich 28 Kliniken – von HNO über Chirurgie und Augenklinik bis zur Psychosomatischen Medizin. Damit sind die Märkischen Kliniken nicht nur ein Haus der Maximalversorgung, sondern auch eines der größten Krankenhäuser in Südwestfalen. Zur Klinik-Holding gehören zudem die Stadtklinik Werdohl und das Marienhospital in Letmathe, sowie einige Tochterunternehmen (WIDI, Dialysezentren, Seniorenzentren, Hospiz oder Reha).

Die Märkischen Kliniken haben – wie mehrfach in der Presse zu lesen war – augenblicklich finanzielle Probleme. Derzeit beläuft sich das Defizit auf 3,8 Millionen Euro. Die Kliniken arbeiten zusammen mit einer Unternehmensberatung die noch vorhandenen Reorganisation- und Einkommensverbesserungspotentiale auf. Prognostiziert wurde hier ein Potential von 22 Mio. Euro. Die jetzt angegangenen Verbesserungen werden nicht auf dem Rücken der Angestellten ausgetragen. Es sind weder

Personalkürzungen noch Einkommensverschlechterungen geplant.

Da der Kreis Hauptgesellschafter der Kliniken ist, hat der Kreistag eine Bürgschaft in Höhe von 25 Mio. Euro beschlossen; wirksam bis zum Ende nächsten Jahres. Bis dahin greifen hoffentlich die anderen Maßnahmen.

Die SPD-Kreistagsfraktion legt großen Wert darauf, die Kliniken in kommunaler Hand zu belassen. Einer Privatisierung erteilen wir eine klare Absage. Bereits mehrere Sanierungsmaßnahmen wurden in Form von Leistungsverdichtung und Lohnabstrichen auf dem Rücken der Mitarbeiter durchgezogen. Für uns ist es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, nicht auch noch die Treue zum Tarifvertrag im öffentlichen Dienst in Frage zu stellen.

Fraktionsmitglieder

Eckhard Albrecht – Kreistagsabgeordneter



Eckhard Albrecht
Landwirt und Rentner
Stottmert 5
58849 Herscheid
Mitglied:
Bau- und Straßenausschuss, Arbeitskreis
Erneuerbare Energie
stellv. Mitglied:
Ausschuss für Abfallwirtschaft, Umwelt-
schutz und Planung

Hans-Jürgen Benthien - Kreistagsabgeordneter



Hans-Jürgen Benthien
Maschinenbautechniker
Lerchenweg 3a
58553 Halver
Mitglied:
Bau- und Straßenausschuss (Vorsitzender)
Stellv. Mitglied:
Schul- und Sportausschuss

Udo Böhme – Kreistagsabgeordneter



Udo Böhme:
Ideen- und Gesundheitsmanagement
Servicebereich Personal
Im Springen 16
58791 Werdohl
Mitglied:
Kulturausschuss, Schul- und
Sportausschuss, Fraktionsvorstand
stellv. Mitglied:
Ausschuss für Abfallwirtschaft, Umwelt-
schutz und Planung, Ausschuss für
Gesundheit und Soziales, Kreisausschuss

Peter Brunswicker - Kreistagsabgeordneter



Peter Brunswicker
Oberstudienrat
Heimkerweg 53
58706 Menden
Mitglied:
Kulturausschuss, Rechnungsprüfungs-
ausschuss, Ausschuss für Wirtschafts-
förderung, Struktur und Verkehr, Sprecher
in der Kulturstiftung
stellv. Mitglied:
Schul- und Sportausschuss, Kreisausschuss

**Bernhard Camminadi -
Kreistagsabgeordneter**



Bernhard Camminadi
Kaufmann
Auf dem Schilk 1
58675 Hemer
Mitglied:
Ausschuss für Abfallwirtschaft,
Umweltschutz und Planung,
Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Struktur und Verkehr (Sprecher),
Kreisausschuss, Fraktionsvorstand
stellv. Mitglied:
Rechnungsprüfungsausschuss

**Peter Felsberg –
sachkundiger Bürger**



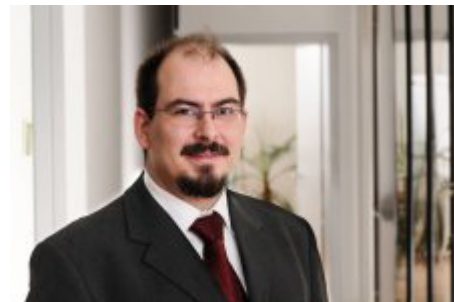
Peter Felsberg
Krankenkassenbetriebswirt
Aloys-Rüberg-Straße 6
58636 Iserlohn
Mitglied:
Ausschuss für Gesundheit und Soziales
(Sprecher)

**Ulrich Duffe –
Kreistagsabgeordneter**



Ulrich Duffe
Oberstudienrat
Schmiedestraße 19
58566 Kierspe
Mitglied:
Ausschuss für Gesundheit und Soziales
(Vorsitzender), Kreisausschuss,
Fraktionsvorstand (stellv. Vorsitzender),
LWL

**Markus Ferber –
sachkundiger Bürger**



Markus Ferber
Rettungsassistent
Am Richtpfad 1
58762 Altena
Mitglied:
Ausschuss für Gesundheit und Soziales

**Uwe Geitz –
Kreistagsabgeordneter**



Uwe Geitz
Rentner
Im Schnitthölzchen 31
58804 Balve
Mitglied:
Jugendhilfeausschuss, Kulturausschuss
Stellv. Mitglied:
Rechnungsprüfungsausschuss

**Michael Keil –
sachkundiger Bürger**



Michael Keil
Groß- und Außenhandelskaufmann
Heerstr. 48 c
58553 Halver-Oberbrügge
Mitglied:
Bau- und Straßenausschuss, Arbeitskreis
Erneuerbare Energie

**Peter Hahn –
sachkundiger Bürger**



Peter Hahn:
im Ruhestand
An der Landwehr 12
58636 Iserlohn
Mitglied:
Schul- und Sportausschuss (Sprecher)

**Katja Kirmizikan –
sachkundige Bürgerin**



Katja Kirmizikan
Rechtsanwältin
Parkstraße 4
58509 Lüdenscheid
Mitglied:
Arbeitskreis Erneuerbare Energie
Stellv. Mitglied:
Ausschuss für Gesundheit und Soziales

**Ariane Knauer -
sachkundige Bürgerin**



Ariane Knauer
Fraktionsgeschäftsführerin
SPD-Fraktionsbüro, Kreishaus
Heedfelder Straße 45
58509 Lüdenscheid
Mitglied:
Jugendhilfeausschuss, Arbeitskreis
Erneuerbare Energie
Stellv. Mitglied:
Ausschuss für Abfallwirtschaft, Umwelt-
schutz und Planung, Bau- und Straßen-
ausschuss, Ausschuss für Gesundheit und
Soziales, Kulturausschuss, Schul- und
Sportausschuss, Ausschuss für Wirt-
schaftsförderung, Struktur und Verkehr

**Angelika Machelett –
Kreistagsabgeordnete**



Angelika Machelett
Redakteurin
Rennerde 3
58769 Nachrodt-Wiblingwerde
Mitglied:
Kreisausschuss, Fraktionsvorstand
(Fraktionsvorsitzende)

**Harald Metzger -
Kreistagsabgeordneter**



Harald Metzger
Diplom-Ingenieur
Markomannenweg 25
58509 Lüdenscheid
Mitglied:
Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Struktur und Verkehr, Rechnungsprüfungs-
ausschuss, Arbeitskreis Erneuerbare
Energie
Stellv. Mitglied:
Ausschuss für Abfallwirtschaft, Umwelt-
schutz und Planung, Kulturausschuss,
Kreisausschuss

**Peter Müller –
Kreistagsabgeordneter**



Peter :Müller
Vertriebsleiter i. R.
Berentropfer Berg 11
58809 Neuenrade
Mitglied:
Bau- und Straßenausschuss (Sprecher),
Jugendhilfeausschuss, Rechnungs-
prüfungsausschuss (Vorsitzender),
Kreisausschuss, Fraktionsvorstand

**Karin Rother –
Kreistagsabgeordnete**



Karin Rother
Hausfrau
Böddinghauser Weg 57
58840 Plettenberg
Mitglied:
Bau- und Straßenausschuss, Kultur-
ausschuss
stellv. Mitglied:
Kreisausschuss

**Bernd Schildknecht -
Kreistagsabgeordneter**



Bernd Schildknecht
Gewerkschaftssekretär
Im Eichholz 49
58511 Lüdenscheid
Mitglied:
Schul- und Sportausschuss, Arbeitskreis
Erneuerbare Energie
Stellv. Mitglied:
Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Struktur und Verkehr

**Wolfgang Rothstein -
Kreistagsabgeordneter**



Wolfgang Rothstein
Finanzbeamter
Lönsstraße 8
58840 Plettenberg
Mitglied:
Schul- und Sportausschuss, Rechnungs-
prüfungsausschuss, Arbeitskreis
Erneuerbare Energie (Vorsitzender),
Fraktionsvorstand
Stellv. Mitglied:
Bau- und Straßenausschuss, Ausschuss für
Gesundheit und Soziales, Kulturausschuss,
Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Struktur und Verkehr, Kreisausschuss

**Rainer Schmidt –
Kreistagsabgeordneter**



Rainer Schmidt
Diplom-Ingenieur
Pestalozzistr. 2
58540 Meinerzhagen
Mitglied:
Ausschuss für Abfallwirtschaft,
Umweltschutz und Planung (Sprecher),
Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Struktur und Verkehr
Stellv. Mitglied:
Bau- und Straßenausschuss, Ausschuss für
Gesundheit und Soziales, Jugendhilfe-
ausschuss

**Hubertus Schwarzer -
Kreistagsabgeordneter**



Hubertus Schwarzer
Lehrer im Ruhestand
Falkenweg 1
58579 Schalksmühle

Mitglied:

Ausschuss für Gesundheit und Soziales,
Kulturausschuss, Tourismusbeauftragter
der Fraktion

Stellv. Mitglied:

Ausschuss für Abfallwirtschaft, Umwelt-
schutz und Planung, Jugendhilfeausschuss,

**Udo Vorländer –
Kreistagsabgeordneter**



Udo Vorländer
Rentner
Paschufer 30
58640 Iserlohn

Mitglied:

Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Struktur und Verkehr, Kreisausschuss
Stellv. Landrat, ZRL

**Ulrich Tümsmeyer -
Kreistagsabgeordneter**



Ulrich Tümsmeyer
Rentner
Honseler Straße 22 c
58511 Lüdenscheid

Mitglied:

Ausschuss für Abfallwirtschaft, Umwelt-
schutz und Planung, Ausschuss für
Gesundheit und Soziales

Stellv. Mitglied:

Kulturausschuss, Schul- und Sport-
ausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss

**Lutz Vormann –
sachkundiger Bürger**



Lutz Vormann
Kaufmann / Unternehmer
Hasenkampstr. 61
58762 Altena

stellv. Mitglied:

Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Struktur und Verkehr

**Dobbin Weiß –
Kreistagsabgeordneter**



Dobbin Weiß
Finanzbeamter
Höher Weg 19
58511 Lüdenscheid

Mitglied:

Schul- und Sportausschuss, Rechnungs-
prüfungsausschuss, Arbeitskreis
Erneuerbare Energie

Stellv. Mitglied:

Bau und Straßenausschuss, Ausschuss für
Wirtschaftsförderung, Struktur und
Verkehr

**Ulrike Wolfinger –
sachkundige Bürgerin**



Ulrike Wolfinger
Hausfrau
Kampstr. 19
58809 Neuenrade

Mitglied:

Ausschuss für Abfallwirtschaft, Umwelt-
schutz und Planung

stellv. Mitglied:

Jugendhilfeausschuss

**Mario Westphal -
Kreistagsabgeordneter**



Mario Westphal
Rentner
Westfalenstraße10
58762 Altena

Mitglied:

Ausschuss für Abfallwirtschaft, Umwelt-
schutz und Planung

Stellv. Mitglied:

Bau- und Straßenausschuss, Kultur-
ausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss

**Unterstützt wird die SPD-Kreistags-
fraktion insbesondere durch die bei der
Kreisverwaltung beschäftigten
GenossenIn**

- **Jutta Heedfeld, Leiterin des
Fachbereiches 3 - Öffentliche
Ordnung,**
- **Michael Brosch, Leiter des
Fachdienstes 15 – Gebäude-
Managment,**
- **Wolfgang Ewald, Leiter des
Fachbereiches 6 - Bauen/
Vermessung/Kataster und**
- **Volker Schmidt, Leiter des
Fachbereiches 7 – Gesundheit
und Soziales**